

## **Antikolonialismus in der Endlosschleife: Abgründe des machtpolitischen Zynismus in der DR Kongo**

Hintergründe und Überlegungen zur aktuellen Lage

April/Mai 2018

Humanitäre Katastrophe im Kivu, Hungersnot im Kasai? Einer der vielen Krisenherde in Afrika, ein wenig humanitäre Hilfe zusammengepackt und schon fühlen wir uns wieder besser dabei. Zumal die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auch noch sagt, die humanitäre Krise sei nur ein Gerücht. Wie bitte? Da findet eine Geberkonferenz für die DR Kongo in Genf statt (13.4.2018) und die kongolesische Regierung geht nicht hin. Angesichts dessen fallen die Geberzusagen noch niedriger aus als erwartet: Für lediglich 430 Millionen Euro von den als dringendste Hilfe veranschlagten 1,4 Milliarden Euro liegen Zusagen vor. Deutschland sagte gerade mal 20 Millionen für die kommenden drei Jahre zu.

Unterschiedlicher könnten die Narrative nicht sein: Der UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock spricht von 13 Millionen Notleidenden, von zwei Millionen unterernährten Kindern, 4,5 Millionen internen Vertriebenen. Die Regierung der DR Kongo dagegen sieht hier einen raffinierten Versuch neokolonialistischer Einmischung unter Missachtung der nationalen Souveränität. Staatspräsident Kabila reagiert immer empfindlicher auf Kritik von außen, in der er einen Komplott gegen die Nation sieht und bedient sich dabei gewohnheitsmäßig im Fundus der gängigen Floskeln antikolonialistischer Rhetorik. Kongos Außenminister Léonard She Okitundu drohte sogar, humanitären Organisationen die Arbeitserlaubnis zu entziehen, die weiter humanitäre Hilfe aus Belgien annehmen. Diese rabiate Drohung soll vor allem das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und das UN-Welternährungsprogramm (WFP) einschüchtern, über die ein Großteil der Hilfe verteilt wird. Die DR Kongo hatte 1961 die Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialmacht errungen.

1,4 Milliarden Euro an humanitärer Hilfe – ohnehin ein Minimum, um die Hungerkatastrophe im Kasai und die Nahrungsmittelknappheit vor allem der Vertriebenen in immer mehr Regionen des großen Landes abzumildern. Man bedenke jedoch: Es geht um Nothilfe, um Leben und Tod von ungezählten Menschen, denen übrigens nicht nur das Recht auf Nahrung verweigert wird, sondern auch auf Bildung und auf politische Mitsprache. Warum versuchen die eigentlich nicht als Asylanten über das Mittelmeer nach Europa zu kommen? Vermutlich, weil sie zu arm und zu perspektivlos sind.

Das Ende des zweiten Kongokriegs Anfang der 2000er Jahre hatte keinen wirklichen Frieden für die Menschen gebracht, aber die Intensität der komplexen gewaltsamen Konflikte hat jüngst wieder deutlich zugenommen. Die Ordnungsfunktion des Staates ist in vielen Regionen gleich null. Schlimmer noch: Die offizielle Armee (FARDC) agiert in vielen Regionen nicht anders als die Milizen der warlords, die das Land unsicher machen.

In der Zeit des sogenannten Kongo-Freistaats 1885-1908 – ein Produkt der Berliner Afrika-Konferenz von 1885 – kam rund die Hälfte der damaligen Bevölkerung der Kolonie ums Leben. Dabei spielte neben dem Freihandel ein menschenrechtliches Motiv eine wichtige Rolle bei der Herrschaftslegitimation des belgischen Königs Leopold II, nämlich die Bekämpfung der arabischen Sklavenhändler. Nach der Unabhängigkeit 1961 baute sich Mubutu Sese-Seko, mit Unterstützung seiner westlichen Verbündeten, ein brutales System der obrigkeitstaatlichen Wertabschöpfung auf, während er nach außen die kulturelle, soziale und ökonomische „Afrikanisierung“ zum Programm erhob. Im 21. Jahrhundert betrachtet nun ganz ähnlich Joseph Kabila das Land praktisch als sein Privateigentum, das er nach Belieben und an Regierung und Parlament vorbei

beherrschen und ausbeuten kann. Dabei bedient er sich nach Belieben an antikolonialen Floskeln und an der Rhetorik der nationalen Souveränität.

In der Praxis bedeutet das: Ob es eine Hungerkatastrophe im Kasai gibt oder nicht – das will der Präsident selbst bestimmen. Am Anfang seiner Regierungszeit hatte er noch von den „fünf Baustellen“ gesprochen, die er als Präsident bearbeiten wollte – Infrastruktur, Wasser und Elektrizität, Bildung, Arbeit und Gesundheit. Das konnte zur Not vielleicht als politisches Programm durchgehen – 2006 war die westliche Welt sogar ein wenig auf seiner Seite, denn seine magere Entwicklungsphilosophie war marktfreundlich. Inzwischen macht er nur noch seine Deals – am liebsten mit chinesischen Firmen und dubiosen internationalen Geschäftsleuten, die sich nicht sonderlich in seine Regierungsgeschäfte einmischen und deren Anteil am Ressourcengeschäft immer mehr zunimmt. Und während kirchliche und nichtkirchliche Hilfswerke Schulen, Gesundheitszentren und sogar Straßen bauen, bereichert sich nebenbei die Familie Kabila hemmungslos und ohne die geringsten Anzeichen von Gewissensbissen am Staat.

Gleichzeitig wird die Schraube der politischen Repression weiter angezogen. Polizei und republikanische Garde knüppeln Demonstrationen nieder, schießen mit scharfer Munition, von der Regierungspartei aufgestachelte Banden plündern sogar Kirchen – in einem durchsichtigen Versuch, die katholische Kirche einzuschüchtern. Die katholische Bischofskonferenz (CENCO) hat schon zu Zeiten Mobutus gelernt, Distanz zum Staatsapparat zu wahren. Mobutu war eine starke Persönlichkeit mit Prinzipien. Sein Apparat gehorchte ihm aufs Wort. Kabila dagegen ist mehr eine Marionette des Machtapparats inmitten von nichtfunktionierenden staatlichen Institutionen. Ein Macher ist er jedenfalls nicht. Auch kein Visionär. Ein Strategie sowieso nicht. Man sagt, er sei drogensüchtig. Den Zeitpunkt für einen einigermaßen ehrenwerten Abgang hat er jedenfalls verpasst.

Die seit 2016 mehrfach verschobenen nationalen Wahlen sind derzeit für den 23. Dezember 2018 angesagt. Die Wählerregistrierung soll sogar abgeschlossen sein. Die *International Crisis Group* hat in einer Studie vom 4.4.2018 die Chancen auf Wahlen sogar halbwegs positiv beurteilt. Zweckoptimismus? Die nationale Wahlkommission macht allerdings nicht den Eindruck, dass sie die logistischen Aufgaben im Griff hat. Der politische Willen zur Durchführung der Wahlen steht ohnehin auf tönernen Füßen. Staatspräsident Kabila kann laut Verfassung nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten, doch die Regierungspartei PPRD hat noch immer keinen Nachfolgekandidaten bestimmt. Von den Lokal- und Provinzwahlen, die Anfang der 2000er Jahre zum Gesamtpaket eines sich demokratisierenden Staates dazugehörten, ist ohnehin keine Rede mehr.

Währenddessen steht die DR Kongo ganz oben auf der Liste der gescheiterten Staaten ebenso wie beim Gesundheits- und Korruptionsindex. Selbst auf dem *Doing Business Index 2018* der Weltbank hält die DR Kongo Platz 182 von 190. Korruption und Unterschlagung auf allen Ebenen ist Teil des Systems.

Das Schlimmste ist die Zersplitterung der drangsalierten Opposition, die alle Zukunftsaussichten duster erscheinen lässt. Die katholische Bischofskonferenz CENCO kritisiert und mahnt die Politik, und inzwischen gehen endlich auch der protestantische Kirchenrat ECC und die islamische Gemeinschaft auf Distanz zur Regierung Kabila. Immerhin. Es herrscht aber auch ein zunehmendes Klima der Angst: Das Ende der Ära Kabila wird eine Befreiung aus jahrelanger Beklemmung sein, doch Kinshasa und der Rest des Landes haben noch die Plünderungen und das Chaos in den Knochen, das das Ende der Ära Mobutu mit sich brachte. Die Menschen wollen den Neuanfang, doch sie haben zugleich Sorge um die öffentliche Sicherheit. Und auch Kabila hat Angst, dass ihm nach dem Abgang der Prozess gemacht wird und seine Familie um die Milliarden Dollarwerte kommt, die sie in den letzten Jahren aufgehäuft hat.

Selbst wenn es Ende 2018 tatsächlich zu nationalen Wahlen kommt, ist eher zweifelhaft, ob damit auch ein neuer Geist einzieht. Hoffnung liegt allein in den kritischen Geistern der Zivilgesellschaft, die überall aktiv sind, die diskutieren und analysieren, sich für Gewaltfreiheit und Menschenrechte einsetzen, innerhalb und außerhalb der Kirchen. Warum kommen diese Kräfte nicht zum Tragen? Wir freuen uns, dass die mit pax christi assoziierte Jugendbewegung LA LUCHA (Lutte pour le Changement) am 4.6.2018 in Berlin mit dem Friedenspreis des Ökumenischen Netzes Zentralafrika (ÖNZ) ausgezeichnet wird. Wichtig ist aber, dass jetzt und sofort wirksame humanitäre Hilfe geleistet wird. Im Kasai und anderen Regionen fallen aufgrund der Kämpfe seit Jahren immer wieder die Ernten aus. Diese Krise ist nun zu einer umfassenden Hungersnot geworden, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Was hat das mit uns zu tun? Die Rohstoffe des Kongo kommen direkt oder indirekt über verschlungene Wege in den Norden der Welt und finanzieren direkt oder indirekt die herrschende Kriegsökonomie. Eine Regierung, die wirklich regiert, müsste als erstes die zum Teil kaum mehr durchschaubaren Abbauverträge gründlich durchforsten und transparent machen. Die meisten der Verträge sind unter intransparenten Bedingungen

zustande gekommen und für den Staat unvorteilhaft. Der sogenannte Lutundula-Bericht einer kongolesischen Parlamentskommission hatte die Dimensionen des Problems schon vor Jahren auf den Tisch gebracht, von wo aus er dann wieder in der Schublade verschwand. Ein sich langsam entwickelnder Zertifizierungsmechanismus für ausgewählte Rohstoffe, angestoßen vom deutschen Entwicklungsministerium und der Bundesanstalt für Geowissenschaften, hat in den letzten Jahren von außen einen Versuch gestartet, Modelle für gerechte Rohstoffgewinnung zu entwerfen. Doch die hemmungslose Ausbeutung der Rohstoffe und ihre katastrophalen sozialen und ökologischen Folgewirkungen geht nahezu ungebrems weiter. Die Regierung hat anderes zu tun, als eine konsistente Rohstoffpolitik zu entwerfen.

Der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz, Abbé Donatien Nshole, hat in einer Stellungnahme vom 13. April 2018 noch einmal die bedrückende Lage und den angstgesteuerten Aktivismus der Regierung Kabila mit unzweideutigen Worten benannt. Er mahnte darin vor allem an, dass eigentlich im Interesse des Volkes eine engere Kooperation zwischen der internationalen Gemeinschaft und der Regierung der DR Kongo wünschbar ist. Die Regierung gefällt sich jedoch darin, mit weitgehend symbolischen Akten wie der Schließung des Schengen-Hauses in Kinshasa Souveränität zu markieren. Dass mit dieser Schließung die Visa-Vergabe unter anderem für kongolesische Bürger, die nach Deutschland reisen wollen, einstweilen verunmöglicht wird, rührt die Regierung nicht im geringsten.

Vielleicht sind Kabila und co Symptome einer zuende gehenden Epoche. Die Freiheitskämpfer und erste Generation der postkolonialen Politiker und Staatsführer in Afrika hatten hoffnungsvolle Visionäre hervorgebracht, die eine afrikanische Modernisierung mit starken Elementen der Vergemeinschaftung vor Augen hatten – dazu gehörten Julius Nyerere, Patrice Lumumba, Thomas Sankara und andere, für die postkoloniale Nationsbildung immer auch eine moralisch-politische Selbstverpflichtung darstellte. Unter Robert Mugabe, Jacob Zuma und Joseph Kabila sind die Bausteine postkolonialer Rhetorik zu substanzlosen Floskeln von sich in Selbstbereicherungsmechanismen verwickelnden Eliten verkommen. Die moralischen Autoritäten der letzten 20 Jahre in Afrika wie Nelson Mandela und Desmond Tutu haben vor dem dahinter steckenden Narzissmus gewarnt und stattdessen an die moralischen Ressourcen afrikanischer Gesellschaften appelliert. Diese gilt es im 21. Jahrhundert noch einmal ganz neu zu entdecken. Von dieser Basis aus können afrikanische Staaten Kräfte des Widerstands gegen die wirtschaftlichen Mechanismen der Ausbeutung der Armen durch die Reichen dieser Welt aufbauen.

In der Tat sehen viele Einzelpersonen und Organisationen, vor allem im kirchlichen Bereich, diesen dringenden Bedarf eines radikalen Neuaufbruchs, ohne dass deren Einsatz zum Tragen kommt. Dabei geht es darum, gemeinschaftsbildende und konfliktransformierende Kräfte noch einmal für ein neues und demokratisches Staatswesen wirksam werden zu lassen. Die katholische Kirche, ob sie es will oder nicht, spielt dabei als der wichtigste zivilgesellschaftliche Akteur in der DR Kongo ebenso wie in anderen Ländern in Subsahara-Afrika eine zentrale Rolle. In allen ihren Formen – als Hierarchie, als Kommissionen Justitia et Pax, die es hier auch auf Diözesan- und teilweise sogar auf Gemeindeebene gibt, als betende und hoffende Gemeinschaft der Christen.